

trag in der Drucksache 4/3556 zuzustimmen, und zwar schon allein deswegen, damit wir uns nicht Jahr für Jahr jedes Mal dieser Peinlichkeit wie heute aussetzen müssen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Richstein setzt die Debatte für die CDU-Fraktion fort.

Frau Richstein (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Ihren Redebeitrag, Herr Schuldt, kann ich eigentlich nur mit einem Wort unseres Bundeskanzlers Konrad Adenauer antworten, der nämlich sagte: Wir leben alle unter einem Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und SPD)

Vielleicht möchten auch Sie anerkennen, dass wir im Jahr 2006 beschlossen haben, dass wir uns eben von unabhängigen Kriterien leiten lassen wollen, was die zukünftige Entwicklung unserer Entschädigung anbelangt. Wir haben gesagt, wir möchten, dass sich die Entschädigung an das durchschnittliche Einkommen im Land anpasst, was sowohl positive Entwicklungen als auch negative Entwicklungen anbelangt. Ich denke, gerade was die negativen Entwicklungen anbelangt, ist das dann auch Ansporn für uns, noch bessere Politik für das Land zu machen, damit die Bürgerinnen und Bürger ein höheres Realeinkommen haben, was sich dann eventuell auch für uns auszahlt.

Zum Zweiten haben wir gesagt, wir nehmen, weil wir uns eben nicht jedes Mal darüber unterhalten wollen, als Maßstab für die Entschädigungen für Büro, für Miete, für sonstige Dienstleistungen, die wir in Anspruch nehmen, den Verbraucherpreisindex. Dass Sie jetzt herkommen und sagen, es ist eine Peinlichkeit, dass wir uns jedes Jahr erneut darüber unterhalten müssen, veranlasst mich, Ihnen zu empfehlen, in die Verfassung zu schauen. Darin ist ganz klar geregelt, dass die Abgeordnetenentschädigung durch ein Gesetz geregelt wird. Weil wir nun einmal der Haushaltsgesetzgeber sind, machen wir auch dieses Gesetz. Das können wir nicht ändern, es sei denn, Sie wollen einmal wieder eine Verfassungsänderung.

(Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

Wenn Sie sich auf einen Herrn Hans Herbert von Arnim beziehen, dann beantworten Sie bitte doch einmal die Frage, warum Herr von Arnim, der ganz lautstark Kritik an unserem Gesetz geübt hat, es a) vermieden hat, zu der Anhörung, zu der er geladen war, hier in den Landtag zu kommen, warum er b) auch der persönlichen Einladung von Herrn Dombrowski nicht gefolgt ist, ihn einmal zu begleiten und im realen Leben zu sehen, was ein Abgeordneter letztlich macht. Ich finde es sehr bedauerlich, dass er auf der einen Seite aus der Ferne immer laut kritisiert, sich aber auf der anderen Seite nicht einer Diskussion hier im Landtag stellt, zu der er ja wirklich eingeladen war.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich sehe den Gesetzentwurf, den wir heute zu beschließen haben, nicht als Mogelpackung. Er entspricht objektiven Krite-

rien, die uns zur Verfügung gestellt worden sind. Deswegen bitte ich auch Sie, den Änderungsantrag der DVU abzulehnen und dem Gesetzentwurf zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der Linkspartei.PDS setzt Herr Abgeordneter Vietze die Debatte fort.

Vietze (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erspare mir die Beteiligung an einer Debatte darüber, was peinlich ist. Herr Schuldt, wenn Sachverstand ausgeschaltet und billigem Populismus geopfert wird, dann bekommt man natürlich den Beifall der eigenen Fraktion, äußert sich aber nicht zum Thema.

(Widerspruch des Abgeordneten Schuldt [DVU])

Ich möchte mich jetzt jedoch zum Thema äußern.

Der erste Punkt: Ich finde, wir haben eine kluge Entscheidung getroffen, als wir im Frühjahr für die Berechnung der Abgeordnetenentschädigung ein neues System eingeführt und damit auf die Einkommensentwicklung bei der Brandenburger Bevölkerung Bezug genommen haben.

Es gibt übrigens in dieser Gesellschaft auch noch andere Einkommensentwicklungen. Die Auswertung der jüngsten Umfrage des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung ergibt zum Beispiel, dass in dem gleichen Zeitraum, in dem die Einkommen der Brandenburger Bevölkerung um 0,2 % gesunken sind, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen eine Steigerung um 6,2 % aufweisen.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir nicht gesagt haben, wir sollten uns an dem Wettbewerb mit den Managergehältern und mit anderen Einkommen beteiligen, weil wir dann genau die Diskussion hätten, die die Bürger berechtigterweise geführt haben, als wir dieses Thema aufgriffen, nämlich die Diskussion dahin gehend, dass wir ständig darüber nachdächten, wie wir unsere Diäten erhöhen könnten.

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich habe nachgeschaut und bisher kein Landtagsprotokoll und kein Sitzungsprotokoll des Deutschen Bundestages gefunden, in dem jemals festgestellt wurde, dass die Diäten reduziert werden. Das ist bei uns hier also ein einzigartiger Vorgang.

Nun kann man natürlich darüber streiten, wie bedeutsam 8,80 Euro sind. Aber ich sage: Es ist der erste Schritt, nachdem wir im Frühjahr die dann auch gesetzlich fixierte Entscheidung getroffen haben, uns bezüglich unserer Diäten an die Entwicklung der Entlohnung in der Gesellschaft anzukoppeln. Dabei sollten wir bleiben, weil das möglicherweise der reale Gradmesser und die große Herausforderung für uns ist, etwas dafür zu tun, dass der in der gestrigen Aktuellen Stunde angesprochene Wirtschaftsaufschwung durchgreift, dass die Menschen in diesem Land nicht nur Arbeit haben, sondern auch ordentlich verdienen; denn dann verdienen auch wir mehr. Aber wenn die Menschen eben nicht genug verdienen, dann bekommen

auch wir weniger. Ich finde, das ist mehr als gerecht und demzufolge auch vernünftig.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS und vereinzelt bei der SPD)

Das Zweite: Herr Schulze von der SPD-Fraktion hat sehr zutreffend zum Ausdruck gebracht, dass Sie da ein Vorurteil bedienen. Natürlich ist eine Kostenpauschale eine Kostenpauschale und nicht Bestandteil meines Gehalts. Da gebe ich nämlich etwas aus. Da besteht möglicherweise ein Unterschied zwischen Ihnen und den Abgeordneten von SPD, CDU und Linkspartei.PDS, die das Geld, das mit der Kostenpauschale gezahlt wird, wirklich einsetzen zur Begleichung der Ausgaben, die sie in ihren Wahlkreisen für Wählerinnen und Wähler haben. Ich sage - das zeigt nämlich der Umgang mit den Mietberechnungen -, dass sie zum Teil bedeutend mehr ausgeben, als sie mit der Kostenpauschale erhalten. Sie von der DVU haben möglicherweise gar nicht so viele Teilnehmer an Ihren Veranstaltungen, sodass Sie mit der Kostenpauschale etwas ganz anderes machen können und demzufolge etwas übrig haben. Wenn Sie das in einen Sozialfonds einzahlen, halte ich das für eine Partei, die sich irgendwo „sozial“ nennt, für eine prima Initiative.

(Heiterkeit und Beifall bei der Linkspartei.PDS und der SPD - Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

Schicken Sie es den Betroffenen, machen Sie es real und hören Sie auf, mit diesem populistischen Geschwafel dieses Parlament zu belästigen, weil Sie es nämlich gar nicht ernst meinen! Denn wenn Sie es ernst meinen würden, hätten Sie auch eine realistische Bezugsebene für die Kostenpauschale.

Dabei will ich fairerweise noch einmal sagen, dass die Entscheidung im Frühjahr der erste Schritt war. Wir müssen also noch über die Altersversorgung und über Kostenpauschalen überhaupt reden.

Herr Schulze, Frau Richstein, mit dem Verbraucherindex als Bezugspunkt haben wir eine gemeinsame Position. Bei genauerem Hinsehen ist mir allerdings aufgefallen, dass dieser Preisindex auch die Entwicklung bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren, bei der Gesundheitspflege sowie bei dem Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur umfasst. Das würde ich künftig gern herauslassen, weil das mit der Kostenpauschale, die ansonsten berechnet wird, nichts zu tun hat. Wenn uns das noch gelingt, dann wird auch künftighin dort möglicherweise keine Erhöhung mehr ausgewiesen, sondern eine andere Entwicklung deutlich und wir sind wieder bei dem, was wir wirklich gewollt haben, bei einem fairen Vergleich mit den Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. - Danke sehr.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, da die Landesregierung Rede- verzicht angemeldet hat, sind wir am Ende der Debatte.

Ich stelle den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3612 zur Abstimmung. Wer ihm Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimm-

enthaltungen? - Ohne Enthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Ich stelle die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses in der Drucksache 4/3562 zur Abstimmung. Wer dieser seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Stimmenthaltungen und wenigen Gegenstimmen angenommen. - Damit ist das Achte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/3299
(Neudruck)

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/3543

Wir eröffnen die Debatte mit dem Beitrag der Fraktion der Linkspartei.PDS. Es spricht der Abgeordnete Theel zu uns.

Theel (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allen wichtigen Entscheidungen, die der Landtag zu treffen hat, geht in der Regel eine intensive Beratung in den Ausschüssen voraus. Wenn erforderlich, wird externer Sachverstand angefragt. Haushaltsbeschlüsse und das Finanzausgleichsgesetz sind natürlich solche wichtigen Entscheidungen für die Entwicklung im Land und für die Kommunen. Deshalb wurden viele angehört, der Städte- und Gemeindebund, der Landkreistag, Bürgermeister, Landräte und Gutachter. Leider hat bei all den Veranstaltungen einer nicht zugehört: der Finanzminister.

(Bischoff [SPD]: Er war aber da!)

- Richtig. Aber das sagt ja noch nichts.

(Bischoff [SPD]: Er hat auch zugehört!)

Nach seiner Aussage in der letzten Sitzung des Ausschusses wurden die Argumente, Vorschläge und Kritiken zum neuen FAG in seinem Haus bereits im Vorfeld auf der Grundlage der schriftlich eingereichten Stellungnahmen - so wörtlich - gewürdigt. Mein Eindruck war: „Gewürdigt“ wohl, aber mit keinem Blick, mit keinem Ohr, mit keinem Gedanken und mit keinem schlüssigen Argument als Antwort auf die Vielzahl der Änderungsvorschläge. Die Antwort stand von vornherein fest: Was ist das Gejammere der kommunalen Familie gegen die Weisheit und den Weitblick des Uhus in der Höhe? - Mit der Bemerkung über das bekanntlich alle Jahre wiederkehrende Gejammere der Kommunen während solcher Anhörungen hat Minister Speer seine abwertende Haltung gegen jeden Vorschlag deutlich gemacht und gezeigt, wie lästig ihm diese Prozedur war und ist. Die Anhörung wurde mit dieser Bemerkung zu einer Farce.